

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Abgeordneten- und Bürgerrechte schützen - den politischen Missbrauch des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern unverzüglich beenden!

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung stellt sicher, dass die Rechte von Abgeordneten und Bürgern geschützt werden.
2. Die Landesregierung trägt dafür Sorge, dass der politische Missbrauch des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern unverzüglich beendet wird.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Abgeordneten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern steht nach Artikel 24 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ein spezielles Zeugnisverweigerungsrecht zu. Demnach sind sie berechtigt, das Zeugnis über Personen zu verweigern, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete Tatsachen anvertraut haben sowie über diese Tatsachen selbst.

Hierfür haben die Behörden auch sicherzustellen, dass sich Bürger ohne Ausspähung durch den Staat an die Abgeordneten wenden können. Zu gewährleisten ist ferner, dass die Bürger ohne Kontrolle und Bespitzelung ihre Grundrechte ausüben können.

Doch gerade in Mecklenburg-Vorpommern scheint dieses Rechtsverständnis immer häufiger durch die Behörden missachtet zu werden.

Die Landesregierung hat daher sicherzustellen, dass der politische Missbrauch des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern unverzüglich beendet wird.